

Teresa Koloma Beck
und Florian P. Kühn (Hg.)

Zur Inter vention

Afghanistan
und die Folgen

*Teresa Koloma Beck
und Florian P. Kühn (Hg.)*

Zur Intervention

Afghanistan und die Folgen

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2023 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-496-1
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© 2023 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-378-0

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin
Umschlagabbildung: © mauritius images / Travelimages / Alamy /
Alamy Stock Photos

Inhalt

<i>Teresa Koloma Beck und Florian P. Kühn</i> Was vom Scheitern übrig blieb. Das Ende der Intervention in Afghanistan	7
<i>Florian P. Kühn</i> Der Kollaps der Potemkin'schen Staatlichkeit. Wie der Westen das Interesse an Afghanistan verlor	18
<i>Philipp Münch</i> Aufstandsbekämpfung, Staatsaufbau und das Scheitern marktorientierter Intervention am Hindukusch	36
<i>Gerd Hankel</i> Die gute Idee von einer internationalen Schutzverantwortung, ihr betrüblicher aktueller Stand und ihre dunkle Zukunft	56
<i>Florian Weigand</i> Gescheitert – aber womit? Legitimität und Wissen in Afghanistan	75
<i>Conrad Schetter und Katja Mielke</i> Die Taliban – Diagnose eines Erfolgs	95
<i>Teresa Koloma Beck</i> Paradoxien des Interventionismus. Zur Sozialen Logik der Intervention	117
<i>Florian P. Kühn und Teresa Koloma Beck</i> Wer sagt, es sei ein Scheitern? Zu den politischen und sozialen Gründen begrenzter Beratungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik	134

Abkürzungsverzeichnis	150
Autorinnen und Autoren	151
Lektüreempfehlungen der Autorinnen und Autoren	154
Literaturverzeichnis	158
Danksagung	166

Teresa Koloma Beck und Florian P. Kühn

Was vom Scheitern übrig blieb. Das Ende der Intervention in Afghanistan

Im April 2021 kündigte der US-amerikanische Präsident Joe Biden einen Abzug aller US-amerikanischen Streitkräfte aus Afghanistan bis zum September desselben Jahres an. Zu diesem Zeitpunkt war er knapp vier Monate im Amt, und in Afghanistan waren im Rahmen der NATO-Mission *Resolute Support* noch rund 10 000 ausländische Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Nach den US-Streitkräften stellte die Bundeswehr das zweitgrößte Truppenkontingent. Mit seiner Ankündigung setzte Biden ein Projekt seines Amtsvorgängers Donald Trump fort: Dieser hatte im Februar 2020 das »Agreement for Bringing Peace to Afghanistan« unterzeichnet. Mehr als anderthalb Jahre lang hatte die Regierung Trumps in Doha mit den Taliban über dieses Abkommen verhandelt, von dem die afghanische Regierung ausgeschlossen blieb.

Bidens Ankündigung war nicht die erste ihrer Art. Bereits die Obama-Regierung (2009–2017) hatte sich vorgenommen, die Intervention in Afghanistan zu beenden, am Ende setzte sie jedoch nur eine signifikante Verkleinerung der Mission um. Barack Obama entschied sich, entgegen der Auffassung seines damaligen Vizepräsidenten Biden, den Risikoargumenten der militärischen Berater zu folgen und den Abzug nochmals zu vertagen. Eine Übergangsfrist von 2014–2024 sollte den Abzug vorbereiten und Afghanistan militärisch und sicherheitspolitisch auf eigene Füße stellen. Diesen Prozess beschleunigte Trumps Abzugsvereinbarung, und Präsident Biden entschied, sich daran zu halten. Der Abzug der Truppen und die Evakuierung von Botschaftsangehörigen und anderen Zivilistinnen und Zivilisten begann Anfang Mai 2021, drei Wochen nach Bidens Ankündigung; Ende August startete die letzte US-Militärmaschine vom Flughafen Kabul. Für die Bundeswehr war der

Einsatz bereits zwei Monate zuvor zu Ende gegangen. Mit den Streitkräften verließen auch die meisten noch verbliebenen zivilen Hilfsorganisationen sowie ein Großteil der internationalen Organisationen das Land.

Noch während die Hilfsorganisationen ihren Abzug organisierten, übernahmen die Taliban Mitte August die Regierung in der Hauptstadt Kabul. Präsident Ashraf Ghani, der das Land mit Unterstützung der internationalen Geber geführt hatte, floh. Angesichts dieser Entwicklungen versuchten zahlreiche Afghaninnen und Afghanen, das Land zu verlassen, insbesondere diejenigen, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Behörden aktiv an den Versuchen der Demokratisierung des Landes mitgewirkt oder direkt mit den Interventionskräften zusammengearbeitet hatten. Sie wollten nicht nur den bevorstehenden gesellschaftlichen Veränderungen entkommen, sondern fürchteten auch, zum Ziel personalisierter Repressions- und Vergeltungsmaßnahmen zu werden. Während sich die Machtübernahme der Taliban in weiten Teilen des Landes mehr oder weniger geräuschlos vollzog, führten Bilder und Videos von dramatischen Szenen am Flughafen Kabul vor Augen, was der Truppenabzug für jene bedeutete, die ihr berufliches und/oder persönliches Leben in den Dienst des Interventionsprojekts gestellt hatten.

Für die breite Öffentlichkeit in Deutschland und andere intervenierende Staaten kam der schnelle Zusammenbruch der afghanischen Republik und die Machtübernahme der Taliban überraschend. Auch im politischen Feld war die Überforderung kaum zu übersehen. Neben strategischen Fragen danach, wie in Zukunft mit einer Taliban-geführten afghanischen Regierung zusammengearbeitet werden könnte und sollte, sorgte zunächst vor allem der Umgang mit sogenannten Ortskräften für Kontroversen und öffentlichen Druck. Nicht nur in Deutschland lösten diese Entwicklungen heftige Diskussionen aus. Dabei standen auch sehr grundsätzliche Fragen im Raum: nach den Prämissen des Einsatzes, nach seiner Bilanz und auch nach der Legitimität und Effektivität humanitärer Interventionspolitik überhaupt. Die Einsicht, dass diese Politik wenig erfolgreich gewesen war, hatte sich bereits in den Jahren zuvor festgesetzt. Doch nun galt der Einsatz in Afghanistan vielen als endgültig gescheitert.

Ähnlich wie in anderen Krisenszenarien der Gegenwart zeigte sich dabei einmal mehr eine Distanz zwischen Politik und Forschung.

Während in öffentlichen Debatten Rhetoriken der Überraschung und Überwältigung durch unerwartete Ereignisse im Vordergrund standen, sahen Forschende in den Area Studies, der Sozialanthropologie oder der Friedensforschung, in der Politikwissenschaft oder der Soziologie, wie sich vor ihren Augen Entwicklungen entfalteten, auf deren Gefahren sie seit Jahren immer wieder hingewiesen hatten. Das Ende der Intervention in Afghanistan wirft somit nicht nur Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen der Interventionspolitik auf, sondern auch nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen versuchen die Autorinnen und Autoren dieses Buches, aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Bilanz zu ziehen. Ausgangspunkt ist das Motiv des Scheiterns, das die öffentlichen Debatten seit der erneuten Machtübernahme der Taliban beherrscht. Die Beiträge gehen der Frage nach, wer hier eigentlich gescheitert ist und womit, sie rekonstruieren, wie es dazu kam. Doch nehmen sie die Rhetorik des Scheiterns auch kritisch in den Blick und zeichnen produktive Dynamiken nach, die durch sie allzu leicht verdeckt werden. Dabei schauen die Forschenden aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven: Politikwissenschaft, Area Studies, Sozialanthropologie, Rechtswissenschaft und Soziologie. Die Beitragenden haben über viele Jahre hinweg intensiv zu und auch in Afghanistan geforscht. Diese multidisziplinäre, in Feldforschung gründende Perspektive erlaubt es, neben den politischen Kalkülen der Intervention auch ihre normativen Grundlagen und ihre soziale Dynamik in den Blick zu nehmen.

Zwischen Humanitarismus und Sicherheitspolitik: internationale militärische Interventionen

Der militärisch abgesicherte Interventionismus wurde nach dem Ende des Kalten Krieges zum internationalen politischen Kriseninstrument. Normativ folgte die Idee, Gräueltaten mit militärischen Mitteln zu verhindern, einer Verpflichtung auf Menschenrechte und das Völkerrecht – zu dem sie aber gleichzeitig auch im Widerspruch stand, weil militärisches Intervenieren der Souveränität und zumindest auch im Prinzip dem Gewaltverbot zuwiderläuft. Politisch war es deshalb entscheidend, diese Missionen vom UN-Sicherheitsrat mandatieren zu

lassen. Die Zahl der in diesem Gremium diesbezüglich verabschiedeten Resolutionen stieg ab 1990 massiv an, nicht zuletzt deshalb, weil solche Mandate nicht mehr durch ein Veto der Sowjetunion verhindert wurden.

Gleichwohl zeigte spätestens die Intervention im Kosovo 1999, bei der die NATO – zunächst ohne UN-Mandat – Serbien unter Slobodan Milošević am Völkermord zu hindern versprach, dass solche Interventionen eigenen Interessen folgten. Russland, das sich als Schutzmacht Serbiens verstand, ermöglichte zwar die nachträgliche Mandatierung der Kosovomission, verstand aber die Politik des Interventionismus als vorwiegend machtpolitisches Instrument, um eigene Vorstellungen der internationalen Ordnung durchzusetzen.

Ab 2001 trugen die terroristischen Anschläge auf die USA dazu bei, dass diese Praxis weiter eskalierte. Die USA beriefen sich auf das Selbstverteidigungsrecht, und ihre NATO-Partnerländer riefen das erste Mal in der Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags aus, in dem die politische Beistandspflicht festgehalten ist. Die Intervention in Afghanistan wurde also primär als sicherheitspolitische Intervention begonnen, die das Ziel hatte, die Hinterleute der Anschläge zu fassen oder zu töten und die Taliban, die ohnehin als illegitime Regierung galten und sich geweigert hatten, Osama Bin Laden auszuliefern, von der Macht zu vertreiben.

Aus einer Reihe von humanitär begründeten Interventionen (Somalia, Ruanda, Balkankriege insbesondere Bosnien und Herzegowina und Kosovo) fällt also Afghanistan insofern heraus, als zu Beginn der Mission humanitäre Gründe explizit *nicht* genannt wurden. Der Eindruck von 9/11 war so stark, dass niemand der sicherheitspolitischen Notwendigkeit widersprach, das politisch wie sozial, ökonomisch wie militärisch im internationalen Vergleich weit abgeschlagene Afghanistan anzugreifen. Im Lauf der Intervention wurde dann die Annahme, dass Sicherheit und Entwicklung einander bedingen, leitend: Um stabile Verhältnisse *nach* der Verfolgung von Terroristen und Taliban zu ermöglichen, müsste eine Regierung auf Basis einer Verfassung etabliert werden, die Gewaltenteilung und individuelle Rechte garantierte. Sich dann einstellende Wohlfahrtsgewinne wie bessere Ausbildung, Gesundheitsversorgung und eine aktive Regierung würden dann deren Legitimität unterstützen. Diese Vorstellung war schon in Bosnien und Herzegowina leitend gewesen, erschien aber noch zwingender für Afghanis-

tan, weil der Eindruck vermieden werden sollte, die Intervention sei eine verkappte westliche Kolonisierung. Dieser Wunsch bedingte, dass der Staatsaufbauprozess schrittweise die Rückübertragung der Souveränität auf die afghanische Regierung vorsah und im Rahmen des Petersberger Abkommens (siehe die Beiträge von Philipp Münch und Gerd Hankel in diesem Band) umgesetzt wurde.

Doch die afghanische Wirklichkeit zeigte ein anderes Bild: Die Gewalt, mit der die neue Regierung abgesichert wurde, galt schon bald als unangemessen in Ausmaß und Zielwahl. Die Intervention wurde nie das Image der Besatzung los. Denn militärische Fehlleistungen, wie etwa die des deutschen Oberst Klein, der zwei Tanklastzüge bombardieren ließ in der Annahme, diese würden als fahrende Bomben gegen ein Bundeswehrlager eingesetzt, wobei etwa 100 Zivilisten ihre Leben verloren, häuften sich. Zwar stellte das westliche Militär intern Untersuchungen an (in Deutschland wurde ein Prozess geführt, in den USA gab es regelmäßig Militärtribunale, bei denen ebenso regelmäßig kaum jemals ein Angeklagter verurteilt wurde), doch der Eindruck, dass hier ohne Rechenschaftspflicht Gewalt ausgeübt wurde, war nicht zu zerstreuen, da sich die Praxis aber über die Jahre kaum veränderte.

Letztlich konnte die Intervention in Afghanistan – wie andere vor ihr – den inneren Widerspruch nicht auflösen, dass sie Gewalt einsetzen musste, um Gewalt zu verhindern. Deshalb dauern Interventionen an, wie etwa im Kosovo oder in Bosnien und Herzegowina; und deshalb gelten Interventionen, wenn sie trotz dieses Gewaltdilemmas beendet werden, als gescheitert: Die Gegner eines von den westlichen Staaten organisierten Staatsaufbauprozesses haben dann gewonnen. Diese Lektion war der Interventionsmission in Libyen 2014 schon klar, weshalb – mit mindestens ebenfalls zweifelhaftem Ausgang – das Eingreifen auf die Bekämpfung der Truppen Muammar al-Gaddafis begrenzt wurde. Die Folge war in diesem Fall eine weitgehende Zersplitterung der territorialen Staatlichkeit.

Was für Libyen handlungsleitend war, wurde aus den Erfahrungen mit den vorangegangenen Interventionen geschlossen. Das Interventionsgeschehen wurde immer im Lichte vergangener Erfahrungen gedeutet. Allerdings werden diese Erfahrungen sehr selektiv erinnert. So gelten sie trotz gegenteiliger Evidenz als »unter Umständen erfolgreich«, obgleich diese Umstände meist nicht ausreichend definiert oder diskutiert werden. Die im Mittelpunkt dieses Bandes stehende Frage,

ob Afghanistan »gescheitert« ist, trägt deshalb zum Verständnis einer generellen Einschätzung bei, inwiefern internationale Interventionen Frieden, Stabilisierung und Sicherheit herzustellen imstande sind.

Die Beiträge

Von der Wahl zwischen schlechten Optionen und von Pfadabhängigkeiten, vom Verschieben von Verantwortung und von Kommunikationsbarrieren zwischen Politik und Wählerschaften, zwischen Praktikerinnen und Wissenschaftlern, zwischen Staaten und internationalen Organisationen handeln die Kapitel dieses Buches. Wir haben herausgearbeitet, was an (vorläufigem) Fazit über den Einsatz der westlichen Interventionsallianz in Afghanistan möglich ist, mit einem Schwerpunkt auf Deutschlands Rolle, Funktion und Optionen in dieser breit angelegten Mission.

Die ersten drei Beiträge diskutieren die politischen und rechtlichen Rahmungen und Prämissen der Intervention. In »Der Kollaps der Potemkin'schen Staatlichkeit: Wie der Westen das Interesse an Afghanistan verlor« legt Florian P. Kühn dar, dass ein Grund für das Scheitern der Intervention in Afghanistan in den Zielen des Einsatzes selbst zu suchen ist. Das Vorhaben, einen funktionierenden und demokratisch legitimierten Staat aufzubauen, war gleichermaßen ambitioniert wie abstrakt. Kühn zeichnet nach, wie die Fixierung der internationalen Geber auf den Staat dem Aufbau von Strukturen Vorschub leistete, die den Anschein funktionierender Staatlichkeit erzeugten, doch letztlich Kulisse blieben. Ohne Verankerung in der Bevölkerung glichen diese Institutionen jenen Fassaden-Dörfern, die der russische Feldmarschall Gregor Alexandrowitsch Potemkin der Legende nach errichten ließ, um die Zarin Katharina II auf ihrer Reise durch neu eroberte Landesteile zu beeindrucken. Allerdings führte die Fixierung der westlichen Interventionspolitik auf Wahlen und Rechtfertigung der Politik in den Geberländern auch dazu, dass die ausbleibenden Erfolge im Staatsaufbau zu einem raschen Verlust an Interesse führten. Infolgedessen gerieten jedoch auch andere Aktivitäten, die eine breitere gesellschaftliche Verankerung hätten unterstützen können, ins Hintertreffen, insbesondere diplomatisches, koordinatives und entwicklungspolitisches Engagement. Die eigene Rolle leugnend wurde die Korruptionsanfälligkeit af-

ghanischer Eliten allein für das Ausbleiben von Erfolgen verantwortlich gemacht. Dass die internationalen Geber selbst diese Dynamiken ermöglichten, dass sie mit diesem Diskurs zur umfassenden Delegitimierung der afghanischen Republik beitrugen und in der Konsequenz auch die Taliban stärkten, blieb unbeachtet.

Auch der Beitrag von Philipp Münch setzt sich kritisch mit den Zielen, Prämissen und zugrunde gelegten Konzepten des Einsatzes auseinander. In »Aufstandsbekämpfung, Staatsaufbau und das Scheitern marktorientierter Intervention am Hindukusch« entwickelt er die These, dass in Afghanistan das Scheitern eines Ansatzes zivil-militärischer Intervention zu beobachten war, der auf marktorientiertem Wissen über das Funktionieren von Gesellschaften beruhte, jedoch die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort ignorierte. Er ordnet den Einsatz in Afghanistan in die jüngere Geschichte internationaler Interventionspolitik ein und zeigt, dass dessen Zuschnitt auf Erfahrungen aus anderen Kontexten reagierte, in denen im Versuch der Stabilisierung staatlicher Herrschaft die UN de facto in die Rolle einer Regierung geraten war. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sollte der Einsatz in Afghanistan dezidiert einen *light footprint* erhalten. Neoliberale Gesellschaftsvorstellungen, die staatlicher Regulierung kritisch gegenüberstanden und für die marktformige Organisation möglichst vieler gesellschaftlicher Bereiche plädierten, stellten hierfür einen leicht zugänglichen Referenzrahmen dar. Denn in den wichtigsten Geberländern erfreuten sie sich zu dieser Zeit wachsenden Einflusses. Münch zeigt, dass dieser marktorientierte Ansatz ungeeignet war, weil er die Frage nach der Verteilung von Macht und Herrschaft ausblendete und blind dafür blieb, dass die innerafghanischen Konflikte immer auch Kämpfe um soziale Teilhabe waren.

In »Die gute Idee von einer internationalen Schutzverantwortung, ihr betrüblicher aktueller Stand und einige Herausforderungen« nimmt Gerd Hankel die völkerrechtlichen Grundlagen der Intervention in Afghanistan in den Blick. Im Zentrum steht dabei das Konzept der Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), die entwickelt wurde, nachdem UN-Missionen in Ruanda (1994) und in der Schutzzone von Srebrenica (1995) zum Bystander genozidärer Gewalt geworden waren. Die 2005 von 150 UN-Mitgliedsstaaten verabschiedete Norm verlangt, dass Staaten ihre Bevölkerung vor Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnischer Säuberung und Völkermord schützen. Und sie erlaubt die Intervention der internationalen Gemeinschaft für

den Fall, dass ein Staat dazu nicht in der Lage sein sollte. Hankel beschreibt, wie die Versuche der praktischen Umsetzung dieses Prinzips in Afghanistan in entscheidendem Maße zum Scheitern der Intervention beitrugen. Das Paradigma der Responsibility to Protect ermöglichte ein dauerhaftes Unterlaufen des Souveränitätsprinzips. Auch wenn auf die formale Etablierung internationalisierter Herrschaft dezidiert verzichtet wurde, lag die Hoheitsgewalt de facto bei den USA und deren Verbündeten, was zur Eskalation der Konfliktdynamik im Land beitrug. Zudem wurde die Einstandspflicht, die Staaten für grenzüberschreitende Schäden in die Verantwortung nimmt und in militärischen Einsätzen vor allem mit Blick auf sogenannte Kollateralschäden relevant ist, weitgehend ignoriert; die hohe Zahl ziviler Opfer untergrub den humanitären Anspruch der Missionen. Schließlich ist die von der Intervention verfolgte breite politische und gesellschaftliche Transformation mit dem Völkerrecht schwer vereinbar; zwar kennt das Völkerrecht die Verpflichtung von Besatzungsmächten zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, doch zielen diese primär auf den Schutz bisheriger Praktiken. Die völkerrechtliche Basis des Einsatzes blieb also schwach.

In den folgenden drei Beiträge rücken die sozialen Dynamiken des Interventionsgeschehens stärker in den Vordergrund. In »Gescheitert – aber womit? Legitimität und Wissen in Afghanistan« diskutiert Florian Weigand die Intervention im Spannungsfeld internationaler und lokaler Dynamiken. Im Zentrum stehen die Perspektiv- und Erwartungsdifferenzen zwischen Interventen und lokaler Bevölkerung. Der Beitrag führt aus, dass das Wiedererstarken der Taliban ab den späten 2000er Jahren auch auf das mangelnde Interesse und in der Folge das mangelnde Wissen der internationalen Geber über die Lage der afghanischen Bevölkerung zurückzuführen ist. Die Ziele des Einsatzes waren primär durch innenpolitische Kalküle in den Geberländern geprägt. Welche konkreten Hoffnungen und Erwartungen Afghaninnen und Afghanen mit der Intervention und vor allem mit dem neu verfassten Staat verbanden, geriet aus dem Blick. Vor Ort drückte sich dieses Desinteresse nicht zuletzt darin aus, dass die Interventionskräfte weitgehend abgeschottet und getrennt von der lokalen Bevölkerung lebten und arbeiteten. Basierend auf Interviewforschung zwischen 2014 und 2019 rekonstruiert Weigand, wie dieses Desinteresse an innerafghanischen Perspektiven die Legitimität des im Aufbau befindlichen Staates

untergrub und in entscheidendem Maße zum Wiedererstarken der Taliban beitrug. Auf lokaler Ebene machte sich die Legitimität des Staates beispielsweise an fairen Gerichtsprozessen oder am respektvollen Umgang von Autoritäten mit Menschen im Alltag fest. Selbst diese minimalen Erwartungen wurden vielerorts enttäuscht. Die Taliban stießen in diese Legitimitäts- und Herrschaftslücke und bauten parallele Systeme auf, die ihnen zunehmend Einfluss und Legitimität sicherten. Sie kombinierten Gewalt gegen Andersdenkende mit Versuchen, Strukturen aufzubauen, die respektvoller und weniger korrupt als die des Staates waren. In diesem Sinne war der Staat in vielen Teilen Afghanistans lange vor August 2021 gescheitert.

Conrad Schetter und Katja Mielke setzen die Analyse der Eigenlogik des sozialen und politischen Kontexts in Afghanistan fort. Doch drehen sie die Perspektive um. Statt mit dem Scheitern der Intervention beschäftigen sie sich in »Die Taliban – Diagnose eines Erfolgs«, mit der Frage, wie das Handeln und die Entwicklung der Taliban selbst zum Ende des internationalen Einsatzes beigetragen hat. Sie zeigen, dass es zu kurz greift, die Misserfolge der Intervention nur auf Fehler der Interventen zurückzuführen. Denn diese Einschätzung verweist auf Vorstellungen, denen zufolge Gesellschaften tatsächlich durch Eingriffe von außen in kurzer Zeit radikal umgeformt werden könnten und in deren Horizont solche Eingriffe auch legitimierbar erscheinen. In dieser Fokussierung auf Machbarkeit werden schlecht verstandene Eigenheiten des lokalen Kontexts zu blinden Flecken der Politik, was sich – wie auch andere Beitragende betonen – als fatal erweisen sollte. Schetter und Mielke arbeiten heraus, dass der Erfolg der Taliban auf deren Lern- und Anpassungsfähigkeit in verschiedenen Bereichen zurückzuführen ist. Sie legen dar, wie die Taliban Allianzen mit konkurrierenden Bewegungen und Gruppen anbahnten und organisierten, wie sie die Geografie des Landes nutzten und Finanzierungsquellen erschlossen. Wie zuvor Weigand heben auch Schetter und Mielke die Fähigkeit der Taliban hervor, narrativ und praktisch Legitimität zu produzieren und dabei gezielt die Leerstellen auszunutzen, die staatliche Institutionen und internationale Politik erzeugt hatten. Ziel dieser Analyse ist es jedoch nicht, das Vorgehen der Taliban gutzuheißen oder gar zu glorifizieren. Vielmehr ist dieser genaue Blick auf die Erfolgsfaktoren der Taliban wichtig, weil die Vermutung naheliegt, dass die Entwicklung dieser bewaffneten Gruppe neue Standards für Aufstandsbewegungen anderswo

gesetzt hat. Es ist davon auszugehen, dass sie zum Vorbild für das Handeln anderer Gruppen werden, die ihr Vorgehen bis ins kleinste Detail studieren. Wer solchen Gruppen etwas entgegensetzen will, sollte das Gleiche tun.

Auch der Beitrag von Teresa Koloma Beck vollzieht noch einmal einen Perspektivwechsel. In »Paradoxien des Interventionismus« nimmt sie das Interventionsgeschehen an der Schnittstelle lokaler und internationaler Lebenswelten in den Blick. Koloma Beck arbeitet heraus, dass die Effekte der Intervention nur unzureichend beschrieben sind, wenn man sie allein an den Zielen misst, die die internationale Politik für den Einsatz formuliert hatte. Denn die Intervention entfaltete nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Eigendynamik. Über zwei Jahrzehnte hinweg zwang sie zum Zusammenleben und zur Zusammenarbeit unter Bedingungen extremer Verschiedenheit, insbesondere in den städtischen Zentren des Interventionsgeschehens. So entstanden und verdichteten sich soziale und gesellschaftliche Beziehungen, die nicht nur nationale Grenzen, sondern auch weltpolitische Machtasymmetrien überspannten. Insofern war die Intervention nicht nur eine wichtige Arena der Weltpolitik, sondern auch ein Hotspot globaler Vergesellschaftungsprozesse. Koloma Beck beschreibt Interventionen deshalb als Labore der Weltgesellschaft, in denen die Möglichkeiten und Grenzen globalen Zusammenlebens umkämpft, getestet und konfiguriert werden. Dies anzuerkennen ist wichtig, denn diese sozialen und gesellschaftlichen Effekte des Interventionsgeschehens entfalten sich auch dann, wenn die politischen Ziele verfehlt werden. Deshalb verändert diese Analyseperspektive auch die Bilanz der Intervention. Sowohl auf der Seite der Interventen als auch auf der Seite der afghanischen Bevölkerung haben 20 Jahre interventionistischer Praxis Biografien geprägt, dauerhafte soziale Beziehungen erzeugt und auf diese Weise (welt-)gesellschaftliche Realitäten verändert. Und nie war die Intensität dieser durch die Intervention erzeugten sozialen und gesellschaftlichen Verflechtungen deutlicher zu beobachten als im Moment ihres militärischen Scheiterns.

In der Zusammenschau führen die Beiträge vor Augen, dass die Probleme des internationalen Engagements in Afghanistan sich lange vor den Ereignissen des Sommers 2021 abzeichneten. Und sie heben hervor, dass die primäre Orientierung der Interventionsaktivitäten an den Interessen der Geberländer ein Problem darstellt, das von Anfang

an bestand und bis zum Ende blieb. Dadurch wurden die Intervenenten nicht nur blind für Anliegen und Entwicklungen vor Ort, sondern auch für Unzulänglichkeiten und Fehler im eigenen Handeln. Der politische Betrieb wurde zunehmend zur Fassade, während die dynamischen Entwicklungen in der afghanischen Bevölkerung und Gesellschaft interventionspolitisch vernachlässigt wurden. In der Forschung zum Interventionsgeschehen in Afghanistan wurden sie sehr wohl beschrieben und sehr ausführlich analysiert; und im deutschsprachigen Raum hatten einige der Autorinnen und Autoren dieses Bandes entscheidenden Anteil daran. In der Politik jedoch blieben diese Einsichten folgenlos. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtung nehmen wir abschließend noch einmal das Verhältnis von wissenschaftlicher und politischer Praxis in den Blick. In »Wer sagt, es sei ein Scheitern? Zu den politischen und sozialen Gründen begrenzter Beratungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik« diskutieren Florian P. Kühn und Teresa Koloma Beck, wie sich diese Lücke zwischen Wissenschaft und Politik erklären lässt und welche Schlüsse daraus für Fragen wissenschaftlicher Politikberatung im Allgemeinen zu ziehen sind.